

PEN-Zentrum Deutschland e.V. · Fiedlerweg 20 · 64287 Darmstadt

Tel. +49 (0) 6151-23120
Fax +49 (0) 6151-293414
info@pen-deutschland.de
www.pen-deutschland.de

Neue Weichenstellung der Kultur oder Kahlschlag im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk ?

Das PEN-Zentrum Deutschland nimmt seinen Kulturauftrag ernst, das freie Wort zu schützen.

Warum protestieren Autorinnen und Redakteure gegen die geplanten „Reformpläne“ des Bayerischen Rundfunks und weiterer ARD-Rundfunkanstalten?

„Weichenstellung“ Richtung Abstellgleis

Den Kultursendungen im Bayerischen Rundfunk und der gesamten ARD droht der Kahlschlag. Was im Fernsehen längst umgesetzt wurde, wird nun auch im Radio Realität. Geplant ist im BR, ab April 2024 sieben Stunden Kultursendungen pro Woche zu streichen. Renommiertere und erfolgreiche Sendereihen wie „kulturWelt“, „Diwan, das Büchermagazin“, „Kulturjournal – Kritik. Dialog. Essay“, „Nachtstudio“ und „radioTexte – die Lesungen“ und das Hörspiel: Alles fällt der sogenannten Reform zum Opfer. Einzelbeiträge zu Kulturthemen sollen, über den Tag verstreut, in dreistündige Magazine eingespeist werden. Zu befürchten ist, dass Lesungen, Kommentare, Feuilletons und Essays damit ganz aus dem Programm verschwinden bzw. auf Sendezeiten nach 20 Uhr fallen, also dann, wenn im BR die sechsstelligen Hörerzahlen auf unter 10 000 sinken und die Kulturwellen aller Sendeanstalten künftig nur noch ein ARD-Mantelprogramm senden. Eine solche „Weichenstellung“ bedeutet de facto, dass die Kultur aufs Abstellgleis geschoben und zum reinen Nischenprodukt verkommt.

Die ARD-Reformagenda

Geplant ist die Reform vor dem Hintergrund einer umfassenden Zentralisierung in der ARD. Zum Beispiel Literatur: Vorgeschlagen werden sogenannte Kompetenzzentren, im Fall Literatur hieße das: Ein Sender koordiniert alle Rezensionen.

„Heizungstipps, Hüftgelenkoperationen, Literaturkritik, Royals – all das kann perspektivisch in Kompetenzzentren gebündelt werden“, erklärte die BR-Intendantin Katja Wildermuth bei den Münchner Medientagen im Gespräch mit Andreas Bönthe (ARD alpha, 18.10.2022). Dabei könne jeder Sender seine traditionellen Stärken einbringen, der BR u.a. im Bereich Wissen, Bildung, Klassik.

Präsident: José F. A. Oliver · Generalsekretär: Michael C. J. Landgraf
Vizepräsidenten: Astrid Vehstedt, Najem Wali · Schatzmeister (kommissarisch): Klaus Engert
Eingetragen beim Amtsgericht Darmstadt, VR 2850
Volksbank Darmstadt · BLZ 508 900 00 · Konto 58920711 · IBAN: DE22 5089 0000 0058 9207 11 · BIC: GENODEF1VBD

Dass die Intendantin das renommierte Hörspiel und ein bundesweit geschätztes Büchermagazin wie „Diwan“ oder Lesungen sowie Gespräche in „radioTexte“ auf Bayern 2 unter die Rubrik „das können andere besser“ sortiert, spricht nicht von Vertrauen in die BR-Kolleginnen. Dass sie Literaturkritik zwischen Hüftgelenkoperationen und Royals einordnet, zeigt ein eklatantes Missverständnis, welche Relevanz Bücher und Rezensionen haben und welchen essentiellen Beitrag sie - gerade in politisch angespannten Zeiten - zur gesellschaftlichen Debatte leisten.

Es geht also nicht, wie Rundfunkrat Peter Driessen von der Industrie- und Handelskammer bei der letzten Rundfunkrats-Sitzung am 21. Juli vermutete: „Wir können alles besser!“ Es geht vielmehr um eine Vielfalt an Perspektiven, Stimmen und Darstellungsformen und einen deutlich erweiterten Begriff von Regionalität. Regionale Verankerung in diesem Sinne meint nicht nur die Premiere oder eine Ausstellung vor Ort; regionale Verankerung beinhaltet Stimmfarben der Sprecherinnen, Dialekte, die thematische Anbindung und Auswahl Bayern und seine Landschaften tönen anders als das Industrieland NRW: Was im NDR die Nähe zu Großbritannien sein mag, ist in Bayern Italien.

Für Leser und Hörerinnen wäre Zentralisierung eine fundamentale Verarmung der Informations- und Meinungsvielfalt. Für Buchhändlerinnen und Verleger hieße es weniger Platz für „ihre“ Bücher, für Kritiker und Autorinnen eine massive Einschränkung an Aufträgen! Und erlaubt sei die Frage: Wären die Feuilletons der FAZ, der SZ, der ZEIT überflüssig, weil es die taz gibt?

„Zu teuer“?

Ziel der Reformbestrebungen ist es, insgesamt 250 Mio € einzusparen. Auch die Geschäftsführung des BR sieht sich – unter dem Druck der Politik (z.B. durch Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag im DLF am 5.7.23) gezwungen, den Rotstift anzusetzen. Zu fragen ist: Sind 18,36 €/ Monat für sämtliche Radio- und Fernseh-Programme in der ARD + Mediatheken tatsächlich „zu teuer“? Braucht der BR wirklich acht Hörfunkprogramme? Sollte man das Geld, das durch mehr „Synergie-Effekte in Technik und Verwaltung eingespart wird, nicht in die Jugendwelle PULS investieren, in digitale Plattformen anstatt in die unübersichtliche „ARD Mediathek“, deren Akzeptanz beim jungen Publikum fehlt?! Diese Argumente scheinen auf den ersten Blick durchaus logisch, sollen doch digitale Plattformen stärker als bisher berücksichtigt werden. Und ist es nicht gerade zukunftsweisend, wenn Akzeptanz beim jüngeren Publikum hergestellt wird? Gerhart Baum, ein renommiertes Mitglied des Rundfunkrates und früherer Bundesinnenminister, sieht darin eine Anbiederung an den vermeintlichen Zeitgeist und eine Beleidigung mündiger Bürger:

"Kultur ist kein verzichtbares Luxusgut, sondern ein Lebenselixier der Demokratie", schreiben Rundfunkräte wie Gerhart Baum. Er „erinnert an den Kulturauftrag als wesentliches Element der Rundfunkreform, der in Zeiten allgemeiner Unsicherheit noch wichtiger geworden sei: „Wenn die geplanten Kompetenzzentren und die Konzentrierung von Aufgaben auf einzelne Anstalten auf Kosten der Vielfalt erfolgen sollten, dann ist Widerstand geboten. Die simple Forderung ‚Einer macht etwas für alle‘ kann hier nicht greifen. Das kann man in Wirtschaftsbetrieben machen oder bei Fahrbereitschaften, aber nicht mit dem Programm. Ein Sender ist keine Marmeladenfabrik. Er erfüllt einen öffentlichen Auftrag, einen Verfassungsauftrag!“ (Pressemitteilung des Deutschen Kulturrats vom 30.3.2023)

Das PEN – Zentrum Deutschland schließt sich dieser Argumentation nachdrücklich an und verweist auf eine Vielzahl von Sparmöglichkeiten:

- *Drastische Reduzierung der Gehälter auf den Chefetagen der ARD – Rundfunkanstalten*
- *Reduzierung zusätzlicher materieller Leistungen und Privilegien dieser Gruppe*
- *Strikte Trennung zwischen öffentlichen Mitteln und privaten Ausgaben*
- *Haushaltskontrolle durch unabhängige Experten*

Weitere Reformvorschläge

- *Einführung einer flachen Hierarchie in den Rundfunkanstalten*
- *Stärkung der Stellung der Rundfunkräte*
- *Verbesserung der Mitbestimmungsrechte von Personal- und Betriebsräten*

Kultur als Lebenselixier

Gerhart Baum und BR-Rundfunkrat Professor Daniel Mark Eberhard brachten es auf den Punkt:

Kultur ist mehr als Freizeitvergnügen. Kultur ist die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens. Sie schafft Voraussetzungen für Kommunikation und ist Mittel der Erkenntnis. Sie schafft Raum für die Entfaltung von Persönlichkeiten und für gegenseitiges Verstehen. Gerade eine polarisierte Gesellschaft, wie derzeit in der Bundesrepublik, bedarf der kulturellen Vielfalt.

Föderaler Wildwuchs?

Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk kommt um Reformen nicht herum. Auch bisher Bewährtes muss auf den Prüfstand. Aber mit der jetzt geplanten Programmreform höhlen der Bayerische Rundfunk und die ARD das föderale Prinzip und den Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender aus, wie er im Staatsvertrag für Rundfunk und Tele-Medien, § 11, verankert ist.

Die derzeitigen Pläne verringern das Spektrum kultureller und kulturjournalistischer Formen erheblich und damit die gesamte bundesdeutsche Kulturlandschaft. Sie verhindern ein Mehr an Diskurs und Debatte und zerstören - auch mitten im Kulturstaat Bayern - Arbeitsmöglichkeiten für Schauspieler und Komponistinnen, Autoren und Regisseurinnen, Redakteure und das gesamte kulturelle Leben des Landes. Dies führt auch zu einer erheblichen Minderung an urheberrechtlicher Verwertung und dem Verlust an Tantiemen.

Das PEN-Zentrum Deutschland fordert die Verantwortlichen in den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten auf, von ihren bisherigen Plänen Abstand zu nehmen und stattdessen konstruktive Vorschläge vorzulegen, die dem Bildungsauftrag der Sender gerecht werden.